

daß jetzt die Deutschen 48 Prozent der Mandate in Händen haben, nach der Wahlreform bekämen sie nur 45 Prozent zugemessen. Endlich vertoherte er sich dagegen, daß auch die Meriten und Christlichsozialen zu den Deutschen gerechnet werden, welche die deutsche Sache — er meint offenbar das alldeutsche Fraktionchen — in allen nationalen Dingen im Stich lassen. Die parlamentarische Tätigkeit der christlich-sozialen Partei beweist gerade deren ernste und zielbewußt-nationale Arbeit. Dem Alldeutschen freilich steht über dem Deutschland noch die Partei. Das Unmöglichste leistete Redner jedoch in dem Bestreben, seine Schmach nach der Einverleibung der Deutschen Oesterreichs in das Deutsche Reich zu bekunden. Er sprach die „festeste Ueberzeugung“ aus, daß endlich für die Deutschen Oesterreichs die Stunde der Erlösung schlage und ein großes deutsches Vaterland Tatsache werde. Um die Sache noch deutlicher zu machen, erinnerte er daran, daß die deutschen Kaiser in ihrem Eide schwören, „Mehrere des Reiches“ zu sein. Mögen sie es werden nach Süden und Nordwesten hin. Unter dem „Holzen Szepter der Hohenzollern“ mit den übrigen Stammesgenossen vereinigt zu sein, wäre Redner glücklich.

Diese wenigen Gedanken aus den Reden beweisen zur Genüge, daß der „Dresdner Anzeiger“ die alldeutschen Gäste richtig eingeschätzt hatte. Freilich hat die Warnung an ihre Adresse nichts gefruchtet. Es wäre besser, wenn solche enfaute terribles über der Grenze blieben; sie kompromittieren die Sache der österreichischen Stammesbrüder auch noch im Auslande, nachdem ihre verderbliche Tätigkeit in Oesterreich selbst darin besteht, die Einigkeit unter den deutschen Parteien im Parlamente zu zerstören. Wohlweislich hat das Präsidium ihnen zum Schluß erst das Wort gegeben, damit der Verlauf des Abends wenigstens in seinem großen Teile einen würdigen Verlauf nehme. Denn im vollständigen Deutschland ist kein Boden vorhanden für die Förderung einer österreichischen Irredenta.

Auf der Egerer Katholiken-Verammlung.

Eger, 2. September.

Ueber 2000 Personen füllten den Saal des „Schützenhauses“, wo Abgeordneter Franz Ergraf v. Trautmannsdorff den Vorsitz führte. Unter anderen nahmen an der Hauptversammlung teil: Ergraf Ferdinand Trautmannsdorff (Präsident), Erbprinz Löwentin (Deutschland), Fürst Janko Lobkowitz (Präsident des Landeszentralkomitee), Graf und Gräfin Karl Erwein Rostk-Widen, Fürst Alfred Windisch-Grätz, Graf Rosenbrad, Graf Adalbert Schönborn sen., Baronin Anna und Baron Ferdinand Starb-Weidenheim, Baron Ottokar Junker, Baronin und Baroness Kopal, Graf Karl Max Jedlitz, Baron Bela Dergenzi, die Barone Heinrich und Hans Zehner, Graf Engelbert Wolfenstein, Graf und Gräfin Josef Wallis.

In seiner Begrüßungsansprache gab der Vorsitzende als Parole die Worte aus: „Treu katholisch, treu österreichisch und treu deutsch.“ Als eine Hauptaufgabe der sozialen Arbeit sehe er die Fürsorge für die Arbeiter an.

Dominikaner Benzel Manlik überbrachte als Vertreter des Kardinals Krejci v. Stronsky dessen Grüße. Ihn mußte es besonders freuen, daß zum ersten Male in seiner engeren Heimat, im Egerlande, ein deutsch-böhmischer Katholikentag abgehalten werde. Die großen Fortschritte, welche die Los vom Rom-Bewegung tatsächlich gemacht habe verdanke man hauptsächlich der Unfähigkeit der österreichischen Katholiken. Darum rufe er der Versammlung zu: Verant, ihr Katholiken, auf für Gott, Kaiser und Vaterland! Nach seiner Rede wurden die zahlreichen eingelangten Telegramme verlesen u. a. von sämtlichen Bischöfen Böhmens.

Nach dieser Verlesung entbot der Versammlung der Ortsseelsorger Erzbischof Josef Schuch seinen Willkommen, worauf würdevoll begrüßt Reichstagsabgeordneter Nikola Maske aus Mainz die Rednertribüne betrat. Der Redner entwickelte in scharfsinnigen Ausführungen sein Thema: „Was verdankt das deutsche Volk dem Katholizismus.“

Arbeiterführer Franz Z p a l o w s k y ergriff dann das Wort zu dem Thema: Die Arbeiterfrage im Lichte des Christentums.

Der letzte Redner der Hauptversammlung P. Bojzl S. J. sprach über „Uniere Aufgaben“. Zahl auf Zahl seiner Ausführungen erzielten begeisterten Beifall.

Die Versammlung beschloß dann einmütig folgende Resolution:

Der 6. deutsch-böhmische Katholikentag in Eger steht treu zu Kirche und Vaterland, zum Heiligen Stuhle und zu Oesterreichs erlauchtem Herrscherhaus. Derselbe erblickt in der Befestigung der religiös-sittlichen Grundlagen die notwendigste Vorbedingung für Oesterreichs Größe und eine gesunde Entwicklung des deutschen Volkes, dessen Rechte er in unüberwindlicher Treue verteidigt. Seine Lösung lautet daher: 1. Treue Festhalten an der Kirche, der Kultur-brückerin der Völker, sowie mutigen Bekennnis des katholischen Glaubens und eifrige Pflege christlichen Lebens! 2. Nicht feiges Zurückweichen, sondern mannhafte Verteidigung der religiösen Interessen, dieser wichtigsten Volksinteressen, in der Öffentlichkeit, insbesondere durch die Abgeordneten und gebildete katholische Laien! 3. Nicht Schwächelung oder Vereinnahmung der Religion oder der Religionsübungen, sondern Vertiefung der religiösen Erziehung in der Schule! 4. Nicht Lockerung des Ehebandes durch Aufhebung des § 111 des Allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches, der die von Christus eingeführte Unauflöslichkeit der katholischen Ehe auch staatlich garantiert, sondern religiös-sittliche Erneuerung des Familienlebens! 5. Nicht einer die gesamten Volksinteressen schädigenden Nationalitäts- und Minderheiten, sondern friedlichen Ausgleich unter den Völkern, sowie soziale und volkswirtschaftliche Reform im Geiste christlicher Gerechtigkeit und Liebe.

Mit einem Hoch auf Papst Pius X. und Kaiser Franz Josef I. wurde die stängende Festversammlung nach vierstündiger Dauer geschlossen.

Während Herr Zpalowsky sich nur an der Versammlung im „Schützenhaus“ beteiligte, hielt der Herr n.ö. Landtagsabgeordneter Karl L i s t seine Rede über „Christliches Wirtschaftswesen“ lediglich im Frankenthalssaal, wo zum größten Teil die Besucher des Katholikentages ver-

ammelt waren. Auch seine Ausführungen fanden außerordentlichen Beifall.

Der Festkommers.

Abends wurde im Saale des Schützenhauses der Kommerz unter dem Präsidium des Herrn phil. Josef Böhm („Bandalia“-Prag) abgehalten. Ueber 1500 Teilnehmer, darunter viele Vertreter des hohen Klerus, des Hochadels, besonders auch zahlreiche Familien von Eger waren erschienen. Von den katholischen deutschen Verbindungen waren vertreten „Aenania“ (München), „Austria“ (Zansbrunn), „Austria“ (Wien), „Markomania“ (Witzsburg), „Nordgau“ und „Morica“ (Wien), „Ferdinanda“ und „Bandalia“ (Prag). Die Feste, welche das Thema „Kirche, Wissenschaft und Fortschritt“ behandelte, hielt der Herr Redakteur Eugen Krafft (Ferdinanda) aus Linz. Auf Papst Pius X. und Kaiser Franz Josef I. sprach Prälat Kammer, Professor Dr. Hilgenreiner sprach auf die Stadt Eger. Kaufmann Tschedel aus Georgswalde behandelte das freundschaftliche Verhältnis zwischen Oesterreich und Bayern. P. Bojzl S. J. feierte das Wirken der katholischen Studentenchaft. Sekretär Wolkel sprach auf die Damen, auf die er ein dreifaches „Heil“ ausbrachte.

Eger, 3. September.

Heute vormittag fanden zwei Sektionsberatungen statt und zwar die Organisations- und Presse-Sitzung. Es wurde beschlossen, das christlich-soziale Organ „Egerland“ auszugestalten zu einem selbstständigen, zweimal in der Woche erscheinenden Blatt.

Heute vormittag wurden die katholischen Studenten auf dem Marktplatz vor dem Hotel „Zum Stern“ von Alldeutschen überfallen. Fünfzig Ordner des Katholikentages trieben die Alldeutschen bald auseinander. — Heute nachmittag fand die Sitzung des katholischen Lehrervereines „Austria“ statt, abends folgte eine große Frauenversammlung.

Auf die vom Präsidium an den Kaiser gerichtete Guldigungsdepeche ist noch am selben Tage vom Hoflager in Teschen eine Dankdepeche an die Versammelten eingetroffen.

Politische Rundschau.

Dresden, den 4. September 1906.

Der Erbprinz Hohenzollern-Langenburg hat um seine Entlassung aus der Stellung des Kolonialamtes gebeten. Als sein Nachfolger ist Bernhard Derenburg, der Direktor der Darmstädter Bank, in Aussicht genommen.

Die Post behauptet, aus bester Quelle erfahren zu haben, daß der Landwirtschaftsminister v. Pöbbecke dennoch in seinem Amte verbleiben wird. — Die Beteiligung der Frau v. Pöbbecke an der Firma Lippelskirch hat jene bereits zu Beginn der Auseinandersetzungen gegen die Firma zu lösen versucht. Ueber die Rückzahlungen des Geschäftsanteiles schweben zur Zeit noch Verhandlungen, da der Anteil statutenmäßig den übrigen Teilhabern der Firma angeboten werden muß, deren Entscheidung noch nicht vorliegt.

Das schwedische und das dänische Geschwader in Kiel sind am 3. d. M. nach Austausch des Abschiedsalutes in See gegangen. Die Schweden und Dänen führten die deutsche Flagge.

Das Berliner Tageblatt behauptet, „influkreiche militärische Kreise“ versuchten, gegen den Reichskanzler Stimmung zu machen. Anlaß zu dieser Haltung gäbe den bezeichneten Kreisen nicht nur die Angelegenheit ihres Kameraden Generalleutnants und Ministers v. Pöbbecke, sondern auch des Kameraden Oberleutnants und Schutruppenkommandanten v. Deimling. Die Akten über den Bahndau in Deutsch-Südwestafrika seien noch lange nicht geschlossen.

In Sachen Lippelskirch u. Co. erfahren wir, daß jetzt das Kolonialamt mit den Zahlungen an die genannte Firma innehält. Die Firma hat noch Bestellungen für zwei Millionen Mark in Nota, die zum größten Teil fertig sind, deren Abnahme aber vom Amt verweigert wird. Eine solche Maßnahme hat der Reichstag schon längst gefordert; jetzt endlich geht man schärfer vor.

Der Fall Gskar hat nun auch zu einem Protest der landeskirchlichen evangelischen Vereinigung geführt. Die Vorstände der Vereinigung in den Provinzen Sachsen, Brandenburg und Schlesien erlassen zu dem Vorgehen des Konfessionsrats der Provinz Westfalen gegen den Pfarrer Gskar folgende Erklärung: „Wir erblicken in dem Vorgehen 1. den Versuch eines Glaubenszerrens nach rein dogmatisch-theologischen Gesichtspunkten unter Zurückstellung des praktisch kirchlichen und religiösen Interesses, was um so ent-schiedener zu mißbilligen ist, als der Betroffene die Verpflichtung auf die Bekenntnisse nicht abgelegt hat; 2. eine Verletzung der inneren Zusammengehörigkeit aller deutsch-evangelischen Landeskirchen auch in ihrem wesentlichen Bekenntnisstande, wodurch zugleich ihr äußerer Zusammen-schluß tatsächlich gefährdet wird; 3. eine Verletzung der Gesamtlage der evangelischen Kirche in der Gegenwart, die auf immer vollere Entfaltung des Gemeindelebens hin-drängt und darum jeden Eingriff in wohl begründete Rechte der Gemeinden, zumal wo einstimmig gefasste Beschlüsse vorliegen, als Verletzung ihres Friedens und ihrer Freundschaft erscheinen läßt.“ Der Vorsitzende dieser Vereinigung ist Geheimrat Dr. Kahl, der so scharf gegen den Toleranzantrag vorging.

Wahr Rückblick auf die Verfassung. Die amtliche Presse bestätigt, daß Oberst v. Deimling wiederholt beim Oberkommando der Schutztruppen und beim Generalstab beantragt hat, die Eisenbahn Luderibucht—Rubub sofort nach Erreichung von Rubub als Feldbahn bis Reetmans-hoop weiter zu bauen, da er den schließlichen Bau der Strecke Rubub-Reetmanshoop im militärischen Interesse zur Sicherung des Nachschubes für unbedingt notwendig erachtet. Zugleich hat Oberst v. Deimling um Entsendung des erforderlichen Materials gebeten. Auf diese Anträge ist dem Obersten durch den Generalstab in Uebereinstimmung mit dem Herrn Reichskanzler telegraphisch eröffnet worden, daß Material für den Weiterbau der Bahn über Rubub hinaus ohne Bewilligung der Mittel durch den Bundesrat

und den Reichstag nicht zur Verfügung gestellt werden kann. Unsere letzte Meldung traf also das richtige: Oberst v. Deimling wollte gegen einen Beschluß des Reichstages vorgehen, aber in Berlin hat man ihm die Gelder hierfür verweigert. Der Reichskanzler sieht damit gerechtfertigt da; aber Oberst v. Deimling hat in weiten Kreisen den Rest des Vertrauens verloren. Wir stehen auch seinen übrigen Maßnahmen ganz skeptisch gegenüber und wenn er wieder einmal im Reichst-age auftreten sollte, was wir aber sehr bezweifeln, so wird man allen seinen Behauptungen sehr wenig Wert beimessen. Wer auf die Beschlüsse des Parlamentes so wenig achtet wie v. Deimling, kann tatsächlich nicht erwarten, daß der Reichst-ag seinen Ausführungen eine besondere Beweiskraft beimißt; an der Frage der Verminderung der südwesafrika-nischen Truppen wird sich dies gar bald zeigen.

Das christlich-soziale Organ „Das Reich“ widmet dem Katholikentage, der „ein gewaltiger Meeresschwamm, in ge-schlossenen Markkolonnen auftrat“, folgende Betrachtung: „So bitter auch manchem Deutschen die Pille schmecken mag, aber unlegbar ist es doch: das Zentrum ist in diesen Tagen allgemeiner Gärung und Dissolution die einzige Kraft, welche das Schwergewicht der Ordnung aufrecht erhält. Während in den Kreisen des Protestantismus der Kampf zwischen „Positiven“ und „Liberalen“ von Tag zu Tag wilder entflammt, dort eine imponierend geschlossene kirchliche Macht! Während im Ringen der Parteien um die Ober-hand immer kräftigere Gegensätze auslauchen — wir erinnern nur an die Spaltung der Rationalliberalen, an die unüber-brückbaren Gegensätze des gesamten Liberalismus, an so manche Unstimmigkeiten auch in den konservativen Lagern, ganz abgesehen von den ewigen Schwankungen, wie man sich den Sozialdemokraten gegenüber verhalten soll — dort das geschlossene Zentrum, die faktische „Regierungspartei“ trotz der ziffernmäßigen Minorität der Katholiken in Deutschland. Während in fast allen anderen Lagern der Widerstreit der Ansichten oder eine weitgehende Interessenslosigkeit auf die wichtigsten aller inneren Fragen, die soziale, löbend wie ein Weigewicht einwirkt, dort ein zielbewußtes gesundes Vorwärtsschreiten, ohne himmelstürmende „Ideen“, aber von um so geübteren praktischen Gesichtspunkten aus. Und selbst auf dem Kampfbiet um die zeitbewegenden Fragen der wahren und der falschen Kunst ein mannhaftes Eintreten für die Verbannung von Schmutz in Wort und Bild — man lese den feinabgewogenen Vortrag von Pro-fessor Zahn-Strahburg!“

Die Sozialdemokratie in den deutschen Landtagen. Der sozialdemokratische Parteibericht stellt fest: In Bremen ist die Sozialdemokratie vertreten durch 18, in Hamburg durch 13, in Bayern und Baden durch je 12, in Rudoisstadt, Württemberg, Hessen und Meiningen durch je 7, in Koburg-Gotha durch 6, in Meuß j. L. durch 5, in Oldenburg und Lübeck durch je 4, in Altkenburg und Lippe durch je 3, in Weimar und Anhalt durch je 2, in Sachsen, Elsaß-Lothringen und Meuß ö. L. durch je einen Genossen. In den Landtagen von Preußen, den beiden Markensburg, Braunschweig, Schwarzburg-Sondershausen, Waldeck und Schaumburg-Lippe ist bekanntlich die Sozialdemokratie nicht vertreten.

Oesterreich-Ungarn.

Kaiser Franz Joseph hat dem Kardinal Ropp das Großkreuz des Stephansordens verliehen.

Das neue Wiener Montagblatt Groß-Oesterreich verzeichnet abermals die Gerüchte von dem bevorstehenden Rücktritt des Ministers Goltzowski und nennt als seinen Nachfolger den Petersburger Politiker Baron Egenthal.

Frankreich.

Die Regierungsgegner verbreiten die Nachricht, daß die neuen Panzerschiffe Republik und Patrie, deren Bau über 35 Millionen Frank gekostet hat, vollständig umgebaut werden müßten, weil die Panzerfirmen den 30,5 cm Geschützen keinen Rücklauf gestatten, diese also nicht abgefeuert werden können. Demgegenüber wird amtlich erklärt, der Rücklauf der Geschütze sei nur für den Fall zu stark, daß man den Geschossen die gesteigerte Anfangs-geschwindigkeit von 875 Metern geben wolle. Bei der an-schlagsgemäßen Anfangsgeschwindigkeit von 825 Metern hätten die Geschütze Spielraum genug.

In der „Revue des deux Mondes“ wird das Stimmungsverhältnis bei den französischen Wahlen gruppiert. Danach gab es im Jahre 1902 10,987,500 Wähler, heute sind es 11,166,012, demnach eine Vermehrung um 178,512 Stimmen. Wahlentscheidungen gab es im Jahre 1906 22 Proz. gegen 23,2 Proz. im Jahre 1902; denn im letzteren Jahre hatten 2,542,500 Personen von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch gemacht, im ersteren 2,462,170. Die Zahl der Kandidaten ist von 4000 im Jahre 1902 auf 1610 für 575 Abgeordnetensitze im Jahre 1906 zurück-gegangen. Ursache hiervon sind die Konzentration der Parteien, der engere Zusammenschluß der Interessen, der Versuch einer strammeren politischen Organisation. Die 8,703,302 Wähler haben 5,025,331 Stimmen den 1024 Kandidaten der Mehrheit und 3,606,178 Stimmen den 550 Kandidaten der Opposition gegeben. Die 395 von der Mehrheit gewählten Deputierten vertreten allein 3,358,200 Stimmen, also 32 Proz. der eingeschriebenen Wähler. Die französische Kammer stellt also in ihrer Mehrheit nicht die Mehrheit des Volkes dar. Deshalb sträubten sich die Blocards auch so gegen den sonst von den Liberalen als Zugriff des fortschrittlichsten Wahl-rechts gepriesenen Proporz.

Spanien.

In Regierungskreisen heißt es, das spanisch-schweizerische Uebereinkommen sei tatsächlich unterzeichnet worden.

In Santander ist die Lage noch immer gespannt, trägt jedoch keinen besonders ernsten Charakter. In Bilbao bessert sich die Situation fortwährend. Man vermutet, daß die Arbeit bald wieder aufgenommen werden wird.

Rußland.

Der Kongreß der Radikalenpartei ist auf den 22. September festgelegt. Er wird in Petersburg abgehalten werden, an der beherrschenden Erlaubnis wird nicht gemwehrt. Programmsfragen werden auf dem Parteitag nicht beraten werden, sondern ausschließlich parteiliche Fragen. Ein Kartell mit der Partei der friedlichen Er-

neuerum
kam es
vom W
Mittler
und un-

in War
Ränner
und am
Lagerei-

Salsa
gegen
Lebens
für die
Zwang
elgnete
schiff
und ad-

geplant
Bilajet
mächt
das St
Truppe
und z
sollen
liegen,

To
von W
Franz
Kaulbo
auf Bil
Sachsen
1791.
nein.
1793.
der Bid
französi

Logik
Wid
Rieder

Sei
hiesig
König
dieses
stalt.

Gast
die P
einem
suchte
dem C
der A
noch
E
hohen
gefell
ger W
König
gedent

neuen
Beteil
kaum
9. C
Bischo
zum
Gewir
dens
sefrati
chem
Nach
schluß
hen C
werde
nen
eine,
dieser
durch

ist zu
wird
1/2
in S

Im J
Nahr
von
Proge
Wäde
stände
Amis
Neuh
Senn
der G
Schw
Kontra

von
zwei
regier
entp
Watte
deren
seit C
schitt
3 Pr
zu sin
Veitun
von K
find
der

SLUB
Wir führen Wissen.